



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Beantwortung der Interpellation von Hans-Urs Spiess, SVP: "Mehr Sicherheit für's Baselbiet" ([2014-132](#))

Datum: 2. September 2014

Nummer: 2014-132

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

Beantwortung der Interpellation von Hans-Urs Spiess, SVP: "Mehr Sicherheit für's Baselbiet" ([2014-132](#))

vom 02. September 2014

1. Text der Interpellation

Am 10. April 2014 reichte Hans-Urs Spiess die Interpellation "Mehr Sicherheit für's Baselbiet" (2014-132) mit folgendem Wortlaut ein:

Die Ende März publizierte Kriminalitätsstatistik 2013 legt offen, dass die Anzahl krimineller Straftaten im Baselbiet im vergangenen Jahr erneut massiv zugenommen hat. Die Entwicklung der Kriminalitätsrate ist umso Besorgnis erregender, als der Zunahme im Baselbiet (+ 12%, bzw. 1'800 Fälle), ein gesamtschweizerischer Rückgang der Straftaten um 3% gegenübersteht. Auch die Kriminalitätshäufigkeit (Anzahl Straftaten pro 1'000 Einwohner) hat sich entgegen dem gesamtschweizerischen Trend im Baselbiet im Jahr 2013 um 11 % weiter erhöht. Das wirft Fragen auf und lässt dringenden Handlungsbedarf vermuten, um die Sicherheit für die Baselbieter Bevölkerung wieder besser sicherzustellen.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie erklärt der Regierungsrat die massive Zunahme der Kriminalität im Baselbiet?*
- 2. Wie erklärt der Regierungsrat die Gegenläufigkeit zur gesamtschweizerischen Entwicklung der Kriminalitätsrate?*
- 3. Wie erklärt der Regierungsrat die überdurchschnittliche Zunahme ausländischer Straftäter und Kriminaltouristen?*
- 4. Auf welchen Grundlagen fusst diese Analyse des Regierungsrates?*
- 5. Was bedeutet die vom Polizeikommandanten erneut angekündigte Schwerpunktbildung Einbruchsbekämpfung konkret?*
- 6. Welche polizeilichen Massnahmen wurden bzw. werden - neben der verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und der Sensibilisierung der Bevölkerung - zusätzlich ergriffen oder geprüft?*
- 7. Wie stellt sich der Regierungsrat den Einbezug der Bevölkerung als "Meldeerstatter" konkret vor?*
- 8. Welche Massnahmen, welche technischen Mittel oder welche personellen und finanziellen Ressourcen sind erforderlich, um Prävention, Straftatsverhinderung und Aufklärungsquote im Bereich Einbruchsdiebstähle und Gewaltverbrechen massgeblich zu erhöhen.*

9. *Wie weit und wo genau wird der Handlungsspielraum der Regierung und/oder der Polizei Basel-Landschaft durch Bundesrecht und/oder durch internationales Staatsvertragsrecht eingeschränkt?*
10. *Wie weit sind attraktive Haftbedingungen in der Schweiz für die Zunahme ausländischer Straftäter verantwortlich?*
11. *Inwieweit hat die Polizeireorganisation BL 2009 - mit der die ständige, sichtbare Polizeipräsenz erheblich reduziert wurde - die Erwartungen hinsichtlich Effizienz der Polizeiarbeit und hinsichtlich Erhöhung der Sicherheit im Baselbiet erfüllt?*
12. *Welche Verbesserungen einerseits und welche neuen Hürden für eine wirkungsvolle und effiziente Polizeiarbeit andererseits ergeben sich aus der Revision der Strafprozessordnung 2009?*

Für die schriftliche Beantwortung der Fragen in nützlicher Frist danke ich dem Regierungsrat bestens.

2. Beantwortung der Fragen

1. *Wie erklärt der Regierungsrat die massive Zunahme der Kriminalität im Baselbiet?*

Antwort des Regierungsrates

Wie der [Kriminalitätsstatistik](#), Seite 33, zu entnehmen ist, handelt es sich keineswegs um eine Zunahme aller Bereiche der Kriminalität. Vielmehr zeigen die Delikte gegen Leib und Leben seit 2009 eine abnehmende Tendenz und bei den Delikten gegen die sexuelle Integrität darf trotz Schwankungen ebenfalls von einem Rückgang gesprochen werden. Lediglich bei den Straftaten gegen das Vermögen muss in den letzten Jahren eine Zunahme, insbesondere beim Einbruchdiebstahl und beim restlichen Diebstahl, verzeichnet werden. Die Fahrzeugdiebstähle und die Sachbeschädigungen ohne Diebstahl sind dagegen rückläufig.

Die unerfreulich starke Zunahme der Straftaten in unserem Kanton ist im wesentlichen auf den Anstieg der Einbrüche zurückzuführen, die in der Kriminalstatistik in der Regel dreifach zählen: als Diebstahl, als Hausfriedensbruch und als Sachbeschädigung. Basel-Landschaft ist der Kanton mit dem deutlich höchsten Anteil von Einbrüchen (40%) an den Gesamtdelikten. Als Grenzkanton mit einer ausgedehnten "grünen" Grenze ohne natürliche Hindernisse wie Flüsse, Seen oder Berge ist das Baselbiet besonders stark vom Kriminaltourismus betroffen und bekommt dessen Auswirkungen zu spüren. Dank den zentralen Verkehrsachsen gelangen Kriminaltouristen schnell und direkt in unseren Kanton und können ihn ebenso rasch wieder verlassen. Die Bekämpfung der Einbruchskriminalität gehört zu den priorisierten Schwerpunktthemen der Polizei Basel-Landschaft. Basel-Landschaft ist insgesamt weiterhin ein sicherer Kanton. Die Kriminalität in unserem Kanton liegt nach wie vor deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die negative Entwicklung bei den Einbrüchen in den letzten beiden Jahren ist aber ein sehr ernsthaftes Sicherheitsproblem, das zu lösen ist.

2. *Wie erklärt der Regierungsrat die Gegenläufigkeit zur gesamtschweizerischen Entwicklung der Kriminalitätsrate?*

Antwort des Regierungsrates:

Mit Blick auf die Gesamtschweiz stellt sich die Frage, ob es im Kanton Basel-Landschaft gelungen ist, die Zunahme der Diebstahldelikte, welche gesamtschweizerisch in den Jahren 2011 und 2012 zu verzeichnen war, etwas zu verzögern. Beim Blick in [Karte der Delikte gemäss Strafgesetzbuch nach Gemeinden für das Jahr 2013](#) fällt auf, dass städtische Gebiete und Gemeinden an wichtigen Verkehrsachsen besonders betroffen sind. Die Entwicklung der Kriminalität in den Kantonen und damit auch gesamtschweizerisch verläuft wellenförmig. Eine überzeugende Erklärung, weshalb im Jahr 2013 die Kriminalitätsentwicklung im Kanton Basel-Landschaft anders verlaufen ist als der gesamtschweizerische Trend, gibt es nicht.

3. *Wie erklärt der Regierungsrat die überdurchschnittliche Zunahme ausländischer Straftäter und Kriminaltouristen?*

Antwort des Regierungsrats:

Die Probleme bezüglich der Ausländerkriminalität, welche sich insbesondere in der Einbruchskriminalität manifestieren, sind hauptsächlich die Folgenden:

- Die Täterschaft ist äusserst mobil und nicht mehr örtlich gebunden.
- Grenzkantone sind besonders stark betroffen.
- Die "grüne" Grenze zu Frankreich (ohne natürliche Hindernisse wie den Rhein) mit den zahlreichen viel befahrenen Wegen ins Elsass und mit den grösseren Distanzen zwischen den Grenzübergängen als im Stadtgebiet Basel erleichtert die grenzüberschreitende Kriminalität.
- Kriminaltouristen reisen bevorzugt in die Länder ein, in denen es einen hohen bis sehr hohen Lebensstandard gibt. Dort gibt es auch die vermeintlich aussichtsreichste Beute bei Einbruch, Raub, Diebstahl und anderen Delikten.
- Das Wort "Kriminaltourismus" klingt zunächst eher nach Kleinkriminellen. Dahinter stecken oftmals aber auch ganze Organisationen, die mit hoher krimineller Energie agieren und deren Bekämpfung und Ueberführung anspruchsvoll ist.

4. *Auf welchen Grundlagen fusst diese Analyse des Regierungsrates?*

Antwort des Regierungsrats:

Auf der Interpretation der nationalen Statistik.

5. *Was bedeutet die vom Polizeikommandanten erneut angekündigte Schwerpunktbildung Einbruchsbekämpfung konkret?*

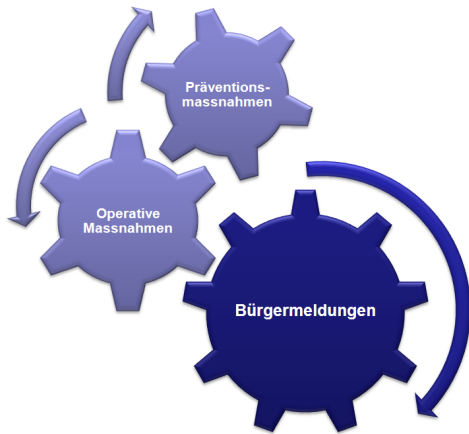
Antwort des Regierungsrats:

Zur Beantwortung dieser Frage wird auf die Ausführungen zu Frage 6 verwiesen.

6. Welche polizeilichen Massnahmen wurden bzw. werden - neben der verstärkten Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen und der Sensibilisierung der Bevölkerung - zusätzlich ergriffen oder geprüft?

Antwort des Regierungsrats:

6.1 Übersicht der Massnahmen



6.2 Massnahmen 2013

Präventiv	
Präventions-Veranstaltungen zum Thema "Einbruch" in den Gemeinden	Von Oktober bis November 2013 wurden in Sissach, Allschwil, Muttenz, Binningen, Reinach und Liestal Präventions-Veranstaltungen zum Thema "Einbruch" durchgeführt, wobei insgesamt rund 600 Personen teilnahmen.
Individuelle und kostenlose Präventionsberatungen beim Bürger/bei der Bürgerin vor Ort	Durch die Präventionsmitarbeitenden der Polizei wurden 2013 insgesamt 431 individuelle Beratungen <i>vor Ort</i> (46 % mehr als im Vorjahr) durchgeführt. Dabei ging es insbesondere um den Schutz vor Einbrüchen.
Verteilen von Zeitschaltuhren	Durch die Patrouillen der Polizei wurden in der Zeit von Oktober 2013 bis heute bei unbeleuchteten Häusern, wo eine Abwesenheit offensichtlich war, insgesamt 3'000 Zeitschaltuhren verteilt mit dem Hinweis, dass Licht vor Einbrechern schützt.
Einbezug der Medien	Durch Medienmitteilungen wurden der Bevölkerung in Bezug auf Einbruchdiebstähle Verhaltensmassnahmen empfohlen.

Operativ	
Aktionsschwerpunkt durch spezielle Einsatzgruppe	In der Zeit von Oktober 2013 bis heute wurde durch das Verschieben personeller Ressourcen eine spezielle Einsatzgruppe der Polizei gebildet, welche sich ausschliesslich dem Phänomen Einbruchdiebstahl annimmt.
Gemeinsame Übung mit der Armee bzw. dem MP Bat 1	Im Oktober 2013 wurden an 5 Tagen mit insgesamt 255 Angehörigen des MP Bat 1 und 193 Mitarbeitenden der Polizei Basel-Landschaft Schwerpunktkontrollen zur Ein-

Operativ	
	bruchsbekämpfung durchgeführt.
Zeitverschobenes Arbeiten bei der Sicherheitspolizei	Reduktion der Postenöffnungszeiten. - Dadurch mehr Präsenz in den Quartieren durch verstärkte Patrouillentätigkeit mobil und zu Fuss.
Verstärkte Kontrolltätigkeiten in bestimmten Bereichen	- Öffentlicher Verkehr (Bus, Tram, Bahn) - Hotels (Hotelkontrollen) - Parkhäuser in der späten Nacht
Miteinbezug des Grenzwachtkorps (GWK)	- Verstärkter Einbezug des GWK in die polizeilichen Aktionen und vermehrte Kontrollen an der "grünen" Grenze.

Auswirkungen	
Deutlich mehr Haftfälle	- Die diversen Aktionen und Ermittlungen der Polizei sowie die gute Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft führten zu einer Vollbelegung der Gefängnisse und damit zu einem akuten Haftplatzproblem. - Innerhalb der Sicherheitsdirektion wurde eine Taskforce (Polizei – Staatsanwaltschaft - Gefängnisse) ins Leben gerufen. - Daraus resultierte, dass im Februar 2014 bis zur Eröffnung des neuen Gefängnisses im Strafjustizzentrum MuttENZ Juni 2014) 20 zusätzliche Haftplätze in Form einer Haftcontaineranlage zur Verfügung standen. - Mit dem neuen Gefängnis in MuttENZ (47 Haftplätze) und der vorläufigen Fortführung der Gefängnisse in Arlesheim und Laufen kann der Haftplatzbedarf jetzt gedeckt werden.

Kennzahlen Oktober – Dezember 2013

Präventiv	
Präventionsanlässe in den Gemeinden	15 Präventionsanlässe
Individuelle Beratungen	118 Beratungen (20% mehr in diesem Zeitraum als im Vorjahr)
Bürgermeldungen	911 Bürgermeldungen in Bezug auf verdächtiges Verhalten (20% mehr in diesem Zeitraum als im Vorjahr)

Operativ	
Arbeitsstunden für die Bekämpfung der Einbruchskriminalität	6193 Arbeitsstunden
Vorläufige Festnahmen	30 Vorläufige Festnahmen
Anhaltungen	28 Anhaltungen

Ohne diese wäre die Anzahl der Einbruchdiebstähle für das Jahr 2013 mit Sicherheit deutlich höher gelegen.

6.3 Massnahmen 2014

Präventiv / Operativ	
Präventions-Veranstaltungen zum Thema "Einbruch" in den Gemeinden	- In diesem Jahr wurden bisher Präventionsveranstaltungen zum Thema "Einbruch" mit den Gemeinden Röschenz (260 Teilnehmende) sowie Duggingen, Zwingen und Grellingen (insgesamt 160 Teilnehmende) durchgeführt. - Weitere Präventionsanlässe werden nach den Sommerferien stattfinden.
Individuelle Beratungen	Die Nachfrage nach den individuellen und kostenlosen Beratungen ist ungebrochen hoch. Sie wird durch zwei Präventionsmitarbeitende abgedeckt.
Taskforce Einbruchdiebstähle (EBD)	- Anfangs Mai 2014 wurde eine Taskforce eingesetzt zur Aufbereitung von taktischen und präventiven Massnahmen, unter Mitwirkung auch der Staatsanwaltschaft. - Es werden neue Strategien und Formen zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität evaluiert. - Ebenso werden zurzeit gemeinsame Aktionen mit den angrenzenden Kantonen sowie mit den Behörden im benachbarten Ausland geplant und abgeklärt.
Software	- Zurzeit wird eine Voranalyse durchgeführt für eine Software zur Prognose einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für Einbrüche. - Zur verbesserten geografischen Lagedarstellung wurde eine Analysesoftware bereit gestellt.
Erhöhte Patrouillentätigkeit	Der gezielte und forcierte personelle Ressourceneinsatz zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität gilt auch für 2014.

7. *Wie stellt sich der Regierungsrat den Einbezug der Bevölkerung als "Meldeerstatter" konkret vor?*

Antwort des Regierungsrats:

- Im Jahr 2013 wurden insgesamt 3249 Bürgermeldungen zu verdächtigem Verhalten durch die Polizei Basel-Landschaft bearbeitet. Während der Einbruchszeit erhöhten sich die Meldungen um rund 20%.
- Dank den Präventionsveranstaltungen und den Medienmitteilungen konnte die Anzahl von Bürgermeldungen erhöht werden. Es ergab sich auch eine Steigerung der Zahl der vorläufigen Festnahmen.
- Im Rahmen der Taskforce EBD wird, unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen, zur Zeit geprüft, wie der Einbezug der Bevölkerung sinnvollerweise noch verstärkt werden kann.

8. *Welche Massnahmen, welche technischen Mittel oder welche personellen und finanziellen Ressourcen sind erforderlich, um Prävention, Straftatsverhinderung und Aufklärungsquote im Bereich Einbruchsdiebstähle und Gewaltverbrechen massgeblich zu erhöhen?*

Antwort des Regierungsrats:

8.1 Vorbemerkung

Der Regierungsrat, die Sicherheitsdirektion und die Polizei Basel-Landschaft treffen im Sinne ihres "Dauerauftrags" die zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Massnahmen. Sie können diese Massnahmen nicht isoliert anordnen, sondern müssen sie in die aktuellen Rahmenbedingungen einbetten. Dazu gehört u.a. auch die Situation beim Staatshaushalt, welcher insbesondere dem notwendigen Ausbau des Personalbestands bei der Polizei Basel-Landschaft enge Grenzen setzt.

8.2 Technische Mittel

- Zurzeit wird im Rahmen einer Voranalyse eine Software geprüft zur Prognose einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für Einbrüche. Die Software analysiert das Einbruchsgeschehen aus der Vergangenheit und versucht, daraus entsprechende Schlüsse zu ziehen.
- Andere technische Mittel werden zurzeit durch die Taskforce EBD evaluiert, unter rechtlichen Gesichtspunkten sowie unter dem Aspekt der Wirkung und der Kosten.

8.3 Personelle Mittel

- Zur Entlastung der Polizei Basel-Landschaft bzw. ihrer Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung wurden 2013 8 polizeiliche Sicherheitsassistenten (PSiA) angestellt. 2014 wird ihre Anzahl um weitere 7 Mitarbeitende erhöht. Die Sicherheitsassistenten übernehmen Aufgaben im Bereich Gefangenenwesen, Betreuungswesen, Kontrollschildereinzug, Zustellung von Gerichtsurkunden und allgemeinen polizeilichen Unterstützungen. Die Polizisten und Polizistinnen der Polizei Basel-Landschaft werden von diesen Aufgaben entlastet und können sich verstärkt auf ihr "Kerngeschäft", nämlich die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung, konzentrieren.
- Im Rahmen seiner Beratung des Evaluationsberichts zur Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung bewilligte der Landrat 2011 der Polizei Basel-Landschaft insgesamt 15 zusätzliche Sollstellen. Bis heute wurden 11 Stellen besetzt und 2015 werden die verbleibenden 4 Stellen folgen.
- Reichen die bereits bewilligten Personalaufstockungen nicht aus, um die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen, wird der Regierungsrat dem Landrat weitere Anträge unterbreiten.

9. *Wie weit und wo genau wird der Handlungsspielraum der Regierung und/oder der Polizei Basel-Landschaft durch Bundesrecht und/oder durch internationales Staatsvertragsrecht eingeschränkt?*

Antwort des Regierungsrats:

- Die bestehenden Rechtsgrundlagen und insbesondere auch die Staatsverträge stellen keine Behinderungen und/oder Einschränkungen des Handlungsspielraums des Regierungsrats und der Polizei dar.
- Weil unser Land nicht Mitglied des ¹Prümer Vertrags ist, kann unsere Polizei DNA Spuren nicht automatisch mit anderen Ländern abgleichen, ohne einen eindeutigen Bezug zum Ausland vorzuweisen. Dieser Umstand behindert die Strafverfolgung und wirkt sich negativ auf die Aufklärungsquote aus.

10. *Wie weit sind attraktive Haftbedingungen in der Schweiz für die Zunahme ausländischer Straftäter verantwortlich?*

Antwort des Regierungsrats:

Die Haftbedingungen in der Schweiz richten sich nach den geltenden nationalen und internationalen Normen und halten die dort vorgegebenen Standards ein. Der Regierungsrat stimmt der Feststellung, wonach die Haftbedingungen in der Schweiz "attraktiv" sind, nicht zu.

11. *Inwieweit hat die Polizeireorganisation BL 2009 - mit der die ständige, sichtbare Polizeipräsenz erheblich reduziert wurde - die Erwartungen hinsichtlich Effizienz der Polizeiarbeit und hinsichtlich Erhöhung der Sicherheit im Baselbiet erfüllt?*

Antwort des Regierungsrats:

Diese Feststellung stimmt nach unserer Wahrnehmung nicht. Heute werden ab jedem Polizeistützpunkt, Polizeihauptposten und Polizeiposten sowie vom Bereitschaftselement in Arlesheim aus entweder mobile Patrouillen (MOP) oder sogenannte lokale Patrouillen (LOP) gefahren. In der Nacht sind mehrere mobile Einsatzpatrouillen unterwegs, welche je nach Lage schwerpunktmässig und nach Eingang von Requisitionen eingesetzt werden müssen. Der Abfahrtsort erfolgt gemäss einem Raster und immer vom jeweils eingeteilten Polizeistützpunkt, Polizeihauptposten, Polizeiposten sowie dem Bereitschaftselement in Arlesheim aus.

Der Evaluationsbericht zur Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung der Polizei Basel-Landschaft vom Dezember 2010 zeigte auf, dass die Ziele der Optimierung, nämlich u.a. die Präsenz/Prävention und das Reaktionsvermögen der Polizei "im öffentlichen Raum zu erhöhen und einen möglichst wirtschaftlichen und effizienten Einsatz der Ressourcen sicherzustellen, erreicht werden können, wenn bei der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung 15 zusätzliche Sollstellen geschaffen werden (Vorlage 2011-145). Der Landrat stimmte diesem Vorhaben im November 2011 grundsätzlich und zu und der Personalausbau mit 15 zusätzlichen Stellen kann voraussichtlich gar beschleunigt umgesetzt werden (vgl. Ziffer 8.3). Der Regierungsrat, die

¹ Abkommen hat die amtliche Bezeichnung **Vertrag über die Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämpfung des Terrorismus, der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration**. In Österreich wird das Vertragswerk auch **Schengen-III-Vertrag** genannt. Es wurde am 27. Mai 2005 im rheinland-pfälzischen [Prüm](#) abgeschlossen. Signatarstaaten sind [Belgien](#), [Deutschland](#), [Spanien](#), [Frankreich](#), [Luxemburg](#), die [Niederlande](#) und [Österreich](#), dem Abkommen beigetreten sind bisher [Finnland](#), [Slowenien](#), [Ungarn](#) und [Norwegen](#).^[1] Die anderen EU-Mitgliedstaaten können dem Vertrag beitreten; sie sind dazu jedoch nicht verpflichtet: Der Vertrag von Prüm ist kein EU-Abkommen. Folgende Staaten haben die Absicht erklärt, dem Prümer Vertrag beizutreten: [Italien](#), [Portugal](#), [Bulgarien](#), [Rumänien](#), [Schweden](#) und [Griechenland](#).

Sicherheitsdirektion und die Polizeileitung sind aufgrund der bisher erreichten Ergebnisse sehr zuversichtlich, dass die mit der Reorganisation anvisierten Ziele in allen wesentlichen Teilen erreicht werden.

12. Welche Verbesserungen einerseits und welche neuen Hürden für eine wirkungsvolle und effiziente Polizeiarbeit andererseits ergeben sich aus der Revision der Strafprozessordnung 2009?

Antwort des Regierungsrats:

Infolge erhöhter formeller Anforderungen (aufwändige Befragungen, ausführliche Rapporte, zusätzliche Verfügungen mit Rechtsmittelbelehrungen) nahm der administrative Aufwand und damit auch die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten für administrative Aufgaben erheblich zu. Aus der Sicht der Polizeileitung werden dadurch zeitliche und damit personelle Ressourcen absorbiert, die sinnvoller für die Wahrnehmung der polizeilichen Kernaufgaben, nämlich der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, eingesetzt werden könnten. Direkte, aus der Schweizerischen Strafprozessordnung abgeleitete Verbesserungen für die Polizeiarbeit konnten bisher noch nicht registriert werden.

Beim Erlass der Schweizerischen Strafprozessordnung wurde dem Ausbau der Rechte des Beschuldigten und der Verteidigung mehr Gewicht beigemessen als der wirkungsvollen Effizienz des Strafverfahrens. Eine ausgewogene gesetzgeberische Korrektur ist aus der Sicht des Regierungsrats notwendig und wünschenswert.

Liestal, 02. September 2014

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Isaac Reber

Der Landschreiber:
Peter Vetter